

1. VOLKSREPUBLIK POLEN

Genosse JARUZELSKI zum Präsidenten der VRP gewählt

Am 19. 7. wurde Genosse JARUZELSKI zum Präsidenten der VRP gewählt. Die Wahl erfolgte im 1. Wahlgang mit 270 Stimmen bei 233 Gegenstimmen, 34 Enthaltungen und 7 ungültigen Stimmen. Damit erhielt Genosse JARUZELSKI mit einer Stimme Mehrheit genau die von der Verfassung geforderte Stimmzahl. Von erheblicher Bedeutung für diesen Wahlausgang war die Nichtbeteiligung von 5 Solidarnosc-Senatoren an der Abstimmung.

In den Stellungnahmen zur Wahl des Präsidenten der Fraktionen der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) und der Demokratischen Partei (SD) wurde deren Uneinigkeit zur Frage des Kandidaten festgestellt.

Die "Solidarnosc"-Fraktion unterstrich, daß sie durch politische Vereinbarungen und die internationale Lage gezwungen sei, den Kandidat der Koalition zu akzeptieren.

Genosse JARUZELSKI erklärte nach der Vereidigung, daß er sich angesichts der Schwere der bevorstehenden Aufgaben - Reformen in der Ökonomie, die Schaffung einer demokratischen Ordnung, die Lösung komplizierter Probleme des Lebens der Menschen - für eine rasche Bildung einer Regierung der nationalen Verständigung ausspricht.

Situation innerhalb der PVAP

Nach der Wahlniederlage im Juni sind verbreitet Erscheinungen von Unsicherheit und Resignation in der PVAP sowie Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sekretariats und des Politbüros des ZK der PVAP aufgetreten.

Polnische Genossen verweisen mit Besorgnis auf die Zuspitzung der Situation innerhalb der PVAP. Es gäbe zwar keine größere Zahl an Parteiaustritten, jedoch viele Forderungen aus der Mitgliedschaft nach personellen, inhaltlichen und programmatischen Veränderungen und Konsequenzen. Dabei seien zwei Tendenzen zu verzeichnen:

Eine setze sich für nur geringfügige Veränderungen in der Parteiführung und die schnelle Vorbereitung eines Parteitages bei Beibehaltung des jetzigen Ersten Sekretärs ein, die andere plädiere für eine grundsätzliche Änderung in der Führung einschließlich der Besetzung der Funktion des Ersten Sekretärs, jedoch für eine spätere Durchführung des Parteitages. (Diese Meinungsäußerungen erfolgten unabhängig von möglichen Entwicklungen und Konsequenzen im Zusammenhang mit der Wahl des Genossen JARUZELSKI zum Präsidenten der VRP.)

Festzustellen seien auch bestimmte

Tendenzen in Richtung Bildung einer neuen Partei. Dabei sei die Herausbildung einer linksradikalen kleineren und einer sozialdemokratisch-reformistischen größeren Partei möglich. Es werde für die PVAP gefährlich, wenn es nicht gelinge, auf dem kommenden Plenum bzw. dem Parteitag Veränderungen zu beschließen, die von einer breiten Mitgliedschaft akzeptiert werden. Es müsse eine gründliche Neuorganisation und Umbildung der Partei stattfinden.

Weitere Genossen äußerten intern, es sei besser, die PVAP abzuschaffen, da ihre stalinistische Herkunft einen Wahlsieg unmöglich machen würde. Es sei nicht möglich, innerhalb von vier Jahren, also bis zur nächsten Wahl, das Vertrauen der Mehrheit der Wähler zurückzugewinnen.

Sie verweisen darauf, daß die PVAP seit 1981 ihrer Verantwortung als führende Kraft der Gesellschaft nicht gerecht geworden sei. Innerparteiliche Richtungskämpfe, fehlendes konzeptionelles Herangehen und schwache Organisationsstrukturen hätten zum Verlust der gesellschaftlichen Autorität und Unterstützung für die PVAP und zum ökonomischen Chaos geführt.

Die Opposition habe, finanziell, juristisch und programmatisch durch den Westen gestützt, diese Schwächen konsequent ausgenutzt und dabei erhebliche Popularität gewonnen. Die Wahlen hätten gezeigt, daß viele Bürger kein Vertrauen zur PVAP besitzen; es habe sich außerdem um Protestwahlen gehandelt.

Genosse JARUZELSKI erklärte demgegenüber, die Ergebnisse der Parlamentswahlen seien kein Ausdruck einer generellen Ablehnung der Regierungspolitik, sondern "nur einiger unwirksamer Maßnahmen".

Die Wähler hätten nicht das System des Sozialismus als solches in Frage gestellt. Die "demokratischen Erfahrungen" müßten nun durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen gefestigt werden, um negative Auswirkungen bei der Realisierung der Reformen zu vermeiden. "Solidarnosc" wäre jetzt bereit, eine verantwortungsvolle und den Interessen des Landes dienende Haltung einzunehmen. (WALESA bescheinigte er "Wirklichkeitssinn".)

Zur künftigen Rolle der PVAP äußerte er, deren führende Rolle sei "bereits Geschichte". Heute suche die Partei, wie auch andere politische Kräfte, gesellschaftliches Vertrauen und Unterstützung. Ein Monopol sei eine ungesunde Sache - nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im politischen Leben. Der Einfluß der Partei könne nie wieder darauf beruhen.

Auch Genosse ORZECHOWSKI verwies darauf, daß es in der Partei gegenwärtig eine große Unruhe gibt. Die Meinungen über die Ursachen der Wahlniederlage und die Kritik, insbesondere auch an der Parteiführung, gingen weit auseinander. Sie reichten vom "Fehlen des politischen Vermögens" bis zum Vorwurf einer bewußten Tätigkeit zum Schaden des Sozialismus. Auch er äußerte, das Wählervotum sei kein Protest gegen den Sozialismus gewesen.

Keine der aktuellen politischen Hauptkräfte habe antisozialistische Positionen auf ihr Banner geheftet. Ohne die von Grund auf reformierte PVAP sei ein modernes, fortschrittliches, demokratisches, gerechtes und rechtsstaatliches Polen nicht möglich. Bei der reformierten PVAP gehe es nicht um eine ideologische Partei, sie müsse pragmatisch und ideologisch offen und eine Partei sein, die demokratisch nach innen sei. Genosse ORZECHOWSKI sprach sich für die Durchführung eines PVAP-Parteitages noch in diesem Jahr aus. (Dieser war ursprünglich für 1991 geplant und bereits auf 1990 vorgezogen worden.)

Erneute Preiserhöhungen Ausdruck ernster ökonomischer Lage

Die ökonomische Lage in der VRP ist derzeit sehr ernst und gekennzeichnet durch eine weitere Vertiefung der volkswirtschaftlichen Disproportionen mit verschärfter Wirkung auf die Versorgung sowohl der Produktionssphäre als auch der Bevölkerung. Infolge der sich weiter verschlechternden ökonomischen Lage und Versorgungssituation nehmen die gesellschaftlichen Spannungen zu.

Mit Rücksicht auf die Wahl des Präsidenten sowie die Regierungsbildung sind zwar große Preisveränderungen vorerst zurückgestellt worden, Ende Juni/Anfang Juli wurden jedoch erneut kurzfristig festgelegte Preiserhöhungen für Nahrungs- und Genußmittel (Zucker, Alkohol, Tabak), Benzin und Diesel sowie Dienstleistungen in kleinerem Umfang wirksam. Diese Preiserhöhungen resultierten nach Darstellung polnischer Genossen vor allem aus der akuten Gefahr des Zusammenbruchs der Marktversorgung mit diesen Waren und sollten den Staatshaushalt teilweise entlasten. Dadurch sei jedoch mit Lohnforderungen in allen Bereichen zu rechnen. (Ende Juni kam es zu Lohnstreiks in den Städtischen Verkehrsbetrieben von Bydgoszcz, KIELCE und TORUN. Mitte Juli streikten die Angestellten der Verkehrsbetriebe der Wojewodschaft Katowice und die Belegschaft der Werft "Pariser Kommune" in Gdynia. Zahlreiche Protestaktionen gibt es unter Mitarbeitern des Gesundheitswesens (Koszalin, Wroclaw, Katowice, Radom, Wojewodschaft Pila). In Poznan traten Ärzte und Krankenschwestern vor dem Rathaus der Stadt in einen Hungerstreik mit der Forderung nach gerechteren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Streiks und Streikandrohungen gibt es auch in anderen Bereichen und Betrieben.)

Es gebe in Partei und Regierung Befürchtungen, daß weitere Preiserhöhungen die Belastbarkeitsgrenze der Werktätigen überschreiten und nicht beherrschbare Reaktionen auslösen könnten. (Inzwischen wurden mit Wirkung vom 1. Juli die Preise und Löhne für einen Monat eingefroren.)

Das Politbüro des ZK der PVAP erörterte Ende Juni die Wirtschaftslage und charakterisierte diese als sehr schwierig und die Marktversorgung als sehr schlecht. Es orientierte darauf, die Benachteiligung des volkseigenen Sektors gegenüber anderen Eigentumsformen zu beseitigen. (Bei der Erörterung der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft sprach sich das Politbüro für einen Pluralismus der Eigentumsformen nach dem Prinzip "es möge der effektivste und gesellschaftlich nützlichste Sektor gewinnen" aus. Eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse könne jedoch nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung vorgenommen werden. Aktien und Anteile von Gesellschaften sollten ausschließlich auf allgemein zugänglichen Börsen und Auktionen verkauft werden. Das Politbüro sei überzeugt, daß unter Teilnahme der Opposition im Parlament die Wirtschaftsprobleme besser und erfolgreicher gelöst werden könnten.)

Polnische Genossen schätzen im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage weiter ein, daß es unter der Bevölkerung eine spürbare Beunruhigung über die mangelhafte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und weiteren Erzeugnissen gibt. Sie weisen darauf hin, daß durch den Rückgang des Fleischaufkaufs um mehr als 50 Prozent nicht einmal mehr die Deckung der Fleischmarken gewährleistet ist. (Bauern halten in Erwartung höherer Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse Schlachtvieh zurück. Das tägliche Fleischaufkommen ging stark zurück.)

Die Führung der OPZZ stellte fest, die drastische Erhöhung der Lebenshaltungskosten treffe besonders die in volkseigenen Betrieben Beschäftigten und deren Familien. Die jüngsten Preiserhöhungen sowie die Gerüchte über weitere drohten, in einen Ausbruch der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu münden. Genosse MIODOWICZ erklärte dazu, es bestehe die Gefahr, daß die Arbeiter erneut auf die Straße gehen, falls sich die Versorgungskrise im bisherigen Tempo weiter zuspitze. Die gegenwärtige Lage sei katastrophal, die Talsohle noch nicht erreicht.

Auch die "Solidarnosc"-Führung sprach sich gegen die Preiserhöhungen aus. Diese würden Wut und Empörung der Arbeiter hervorrufen und könnten von "fortschrittsfeindlichen Kräften" ausgenutzt werden. WALESA kritisierte die Wirtschaftspolitik der Regierung scharf. Wenn sich nichts ändere, so erklärte er, werde "Solidarnosc" die Arbeiterproteste nicht mehr im Zaum halten können.

Regierung beschloß Anfang Juli ein "Anpassungsprogramm" für die Wirtschaft

Mit diesem Programm sollen Voraussetzungen für die Normalisierung der Handels- und Kreditbeziehungen mit dem Westen geschaffen werden, ohne die, wie erklärt wurde, ein Ausweg aus der Krise nicht möglich sei. Es entstand unter Mitwirkung von Experten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und sieht u. a. vor:

Entschiedene Begrenzung des Haushaltsdefizits, Liquidierung finanziell abgewirtschafteter Betriebe, Entstehen eines Arbeitsmarktes, Abschaffung der staatlichen Festpreise, prinzipielle Veränderungen in der Branchen- und Eigentumsstruktur der Wirtschaft, Übergabe von Aktien des Staates an Investitionsbanken, freien Umlauf der Wertpapiere, Schaffung eines Kapitalmarktes.

Der IWF prüft dieses Programm. Stimmt er zu, könnten Kreditverhandlungen zwischen westlichen Staaten und Polen aufgenommen werden. Finanzminister SAWICKI äußerte, Vorbedingung für neue Kreditzusagen seien "einschneidende strukturelle Änderungen".

Konstituierung der stärksten Parlamentsfraktionen

Am 23. 6. 1989 konstituierten sich die Parlamentsfraktionen der PVAP sowie der "Solidarnosc". Zum Vorsitzenden der PVAP-Fraktion wurde Genosse ORZECZOWSKI gewählt, Fraktionsvorsitzender der "Solidarnosc" wurde Prof. GEREMEK, der wichtigste Berater WALESAS.

Die Fraktion der PVAP hat mit 173 von 460 Mandaten erstmals keine Mehrheit im Sejm (die Fraktion der "Solidarnosc" zählt 161 Abgeordnete).

Das Verhalten einiger PVAP-Abgeordneter bei künftigen Abstimmungen im Sejm gilt als unsicher, da ein Teil von ihnen von den Wojewodschaftskomitees der Partei nicht als Kandidaten bestätigt worden war und ihre Wahl zu Abgeordneten offensichtlich durch den Einfluß von "Solidarnosc" zustande kam. Außerdem sind einige PVAP-Abgeordnete "Solidarnosc"-Mitglieder oder -Anhänger.

Die Kompliziertheit der Lage zeigt sich auch in der Tatsache, daß die Mehrheit der PVAP-Abgeordneten sich entschieden dagegen wandte, die PVAP-Fraktion den Direktionen des ZK unterzuordnen; sie sprach sich für ein "freies Stimmverhalten", sofern nicht prinzipielle Fragen zur Entwicklung anstünden, aus. Hier zeigen sich wachsende Gefahren für die Einheit und den Charakter der Partei.

GEREMEK zur weiteren "Solidarnosc"-Strategie

Während eines Besuches in Großbritannien, wo er u. a. von der Premierministerin THATCHER und dem Außenminister HOWE empfangen wurde, erhielt GEREMEK die Möglichkeit, im "Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten" die Situation in der VRP aus seiner Sicht zu erläutern und die Strategie der "Solidarnosc" darzulegen. Er verband dies mit der Aufforderung an die britische Regierung und die Industrie, die Aktivitäten gegenüber den sozialistischen Staaten zu verstärken, um die "evolutionäre Entwicklung in Richtung Demokratie" zu unterstützen.

GEREMEK führte aus, die PVAP sei politisch so geschwächt und die Wirtschaftssituation in der VRP derart katastrophal, daß die Anerkennung der "Solidarnosc" als Machtfaktor unerlässlich sei. Eine Regierungsbeteiligung der "Solidarnosc" sei dennoch nicht akzeptabel, da die PVAP noch nicht bereit sei, das Machtmonopol völlig aufzugeben. Insbesondere das "Nomenklatura"-Prinzip sei noch unangetastet. Eine Regierungsbeteiligung der "Solidarnosc" würde darüber hinaus zum Rückgang des Einflusses auf die Wähler führen. Deshalb bleibe die "Solidarnosc" auch weiter in Opposition.

Innerhalb der nächsten 18 Monate wolle sie "freie Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen" gewinnen sowie "unabhängige" Gerichte und Massenmedien schaffen. In einer weiteren Zweijahresperiode sollten dann das "Parteiproblem" gelöst sowie der Sieg in "völlig freien Parlamentswahlen" und damit faktisch die Machtübernahme angestrebt werden.

Vorerst sei jedoch ein behutsames Herangehen an die PVAP notwendig. Diese müsse zur Teilnahme am "demokratischen Prozeß" interessiert werden, um nicht erneut die Gefahr des Ausnahmezustandes zu schaffen. Zielgerichtet müsse die PVAP in eine Partei von Managern und schließlich in eine sozialdemokratische Partei umgewandelt werden. Eine Spaltung der Partei sei gefährlich, da mit der gegenwärtigen Führung die beste Grundlage für die "Transformation" vorhanden sei.

Ebenso werde eine Umwandlung der gegenwärtig noch "regierungskonformen Parteien" angestrebt mit dem Ziel, eine Mehrheit im Parlament zu erreichen.

Auch aus der "Solidarnosc" selbst könnten sozialdemokratische, christdemokratische und liberale Parteien hervorgehen. Um diesen Prozeß zu fördern und große soziale Unruhen zu vermeiden, forderte GEREMEK die britische Regierung auf, Umschuldungsvereinbarungen mit Polen zu unterstützen, verstärkt Investitionen in Polen zu tätigen und Lebensmittel bereitzustellen.

Die PVAP sei soweit, daß sie einen Verkauf der staatlichen Betriebe oder deren Umwandlung in Aktiengesellschaften und den Verkauf der Aktien an kapitalistische Konzerne, einen gewissen Teil auch an die Bevölkerung, akzeptieren würde. Damit würde die Basis für die "demokratische Umwandlung" in Polen geschaffen.

Andere oppositionelle Politiker sind der Meinung, daß der Prozeß der Demokratisierung, der vorangehe, gefährdet wäre, wenn in absehbarer Zeit keine Verbesserung der Lebenslage weiter Kreise der Bevölkerung erreicht werden kann. Das sei aber nur

bei entsprechender Unterstützung von außen (vom Westen) möglich. Wenn sich der Westen dem entziehe, versäume er möglicherweise eine einmalige Chance.

Die von der "Solidarnosc" ursprünglich nur für die Organisierung des Wahlkampfes gebildeten örtlichen "Bürgerkomitees" werden weiter bestehen bleiben. Dies haben Ende Juni die Delegierten des zentralen "Bürgerkomitees Solidarnosc" entschieden, nachdem es innerhalb der "Solidarnosc" Auseinandersetzungen über das Weiterbestehen der Komitees gegeben hatte. Diese hätten sich in letzter Zeit dynamischer als die "Solidarnosc"-Betriebszellen entwickelt, woraus sich Kompetenzstreitigkeiten und Richtungskämpfe ergaben.

Erstmals legale Teilnahme eines "Solidarnosc"-Vertreterers an Seminar in UdSSR

MICHNIK nahm Mitte Juli an einem Seminar über die Perestrojka in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten in der UdSSR teil. Er war einer Einladung der sowjetischen Bewegung für den Frieden gefolgt.

Zunehmender Antisowjetismus zu verzeichnen . .

In der Öffentlichkeit sind Anzeichen für einen zunehmenden Antisowjetismus unter der Bevölkerung zu verzeichnen. Auffällig sind zahlreiche Hakenkreuz-Schmierereien. Antikommunistische bzw. antisowjetische Veranstaltungen wurden von den staatlichen Organen geduldet oder z. T. nur sehr zurückhaltend zerstreut.

Ende Juni/Anfang Juli gab es in Wroclaw, Poznan, Katowice, Krakow, Gdansk und Warschau staatsfeindliche und antisowjetische Demonstrationen, Straßenkrawalle und Ausschreitungen, die von antisozialistischen Gruppen - darunter der "Kämpfenden Solidarnosc", der "KPN", "NZS" und "Wolnosc i Pokoj" - organisiert worden waren (Losungen: "Sowjets nach Hause", "Bolschewisten raus", "Nieder mit der Kommune"). Nicht in jedem Fall schritten Ordnungskräfte ein.

In mehreren Städten kam es auch zu Demonstrationen gegen die Kandidatur des Genossen JARUZELSKI für das Amt des Staatspräsidenten, bei denen auch sein Rücktritt gefordert wurde.

Besuch des französischen Präsidenten MITTERRAND in Polen (14. - 16. 6. 1989)

Während seiner Gespräche mit der polnischen Partei- und Staatsführung vertrat MITTERRAND uneingeschränkt die Politik des NATO-Blocks und mischte sich in die inneren Angelegenheiten der VRP ein. Er äußerte den Wunsch, daß sich das, was sich in Polen, Ungarn und teilweise in der UdSSR entwickle, auch auf die übrigen Länder Osteuropas ausdehne. Frankreich stelle der VR Polen keine politischen Bedingungen, aber im Falle der Realisierung von Wirtschaftshilfe sei keine Gleichgültigkeit gegenüber der Art und Weise der Entwicklung der Demokratie in Polen möglich.

Während des MITTERRAND-Besuches wurde eine Reihe von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen unterzeichnet. So wurden u. a. Abkommen über Jugendaustausch und über den Umweltschutz, eine Vereinbarung über die Ausbildung von Führungskadern für Unternehmen sowie ein Abkommen über die Aussetzung der Schuldentrückzahlungen Polens für die nächsten 4 Jahre unterzeichnet. Weiter wurden mittel- und kurzfristige Kredite für Objekte im Bereich Hotelwesen, Touristik und Nahrungsmittelindustrie vereinbart.

MITTERRAND traf sich während seines Aufenthalts mit WALESA, dessen Berater GEREMEK und weiteren Mitarbeitern der "Solidarnosc"-Führung in Gdansk. Ein weiteres Treffen hatte er mit Primas Kardinal GLEMP. (Diese Gespräche wurden genutzt, um den Eindruck zu erwecken, daß der Besuch und die zustande gekommenen Vereinbarungen in erster Linie Verdienst der "Solidarnosc" seien.)

Die französische Seite verfolgte mit dem Besuch das Ziel, die Basis für den weiteren Ausbau ihres politischen und ökonomischen Einflusses in den sozialistischen Staaten zu erweitern, wobei die Beziehungen zu Polen Modellcharakter erhalten sollen.

Besuch KOHLS in Polen wird verschoben; GEREMEK in Bonn und Paris

Bundeskanzler KOHL wird vorerst nicht nach Polen reisen. Der vorgesehene Termin (Juli) wurde vom Regierungssprecher KLEIN als nicht mehr realistisch bezeichnet; ein neuer Termin steht noch nicht fest (evtl. Herbst). KOHL wolle erst die anstehenden Veränderungen in der Partei- und Staatsführung abwarten. Er verwies auch darauf, daß die Wirtschaftsverhandlungen noch nicht abgeschlossen wurden. Am 6. Juli reiste GEREMEK nach Bonn, wo er u. a. von KOHL und GENSCHER empfangen wurde. Es ging um Fragen der ökonomischen Unterstützung. Am 12. Juli begab er sich nach Paris, wo er mehrere westliche Politikern erneut um Unterstützung bei der Realisierung der "Solidarnosc"-Wirtschaftspläne bat.

BRD gewährt Umschuldung

Die BRD gewährt der VRP Zahlungsaufschub für staatlich verbürgte Kredite in Höhe von sieben Milliarden Mark, die in den Jahren 1993 - 1997 ratenweise zurückgezahlt werden können. Von der Gesamtverschuldung der VRP in Höhe von 39 Milliarden Dollar entfallen rund zwei Drittel auf die staatlichen Gläubiger des Pariser Clubs, von denen der größte die BRD ist.

Journalistenaustausch VRP - BRD vereinbart

Der BRD-Journalistenverband (DJV) und die beiden polnischen Journalistenverbände SDPRL und SDP vereinbarten einen jährlichen Austausch von Mitgliedern. Die dazu abgeschlossenen Kooperationsverträge sehen außerdem u. a. Hilfe bei der Ausbildung journalistischen Nachwuchses sowie regionale Partnerschaften vor.

Der oppositionelle Journalistenverband (SDP) unter Leitung BRATKOWSKIS war erst am 12. Juni wieder zugelassen worden. Auf einem Kongreß des Verbandes am 27. Juni wurde die Abschaffung der Zensur und der staatlich reglementierten Papierzuteilung gefordert.

Weitere Forderungen beinhalteten, daß neben privaten Verlagen auch private Rundfunk- und Fernsehanbieter Konzessionen erhalten. Die Kontrolle der staatlichen Sender dürfe nicht mehr der Regierung unterliegen, dies müsse Sache des Parlaments sein. BRATKOWSKI schlug die Einrichtung einer gemischten Kommission zur Kontrolle der Staatssender vor, der Vertreter der Regierungsparteien, der Opposition und anderer wichtiger gesellschaftlicher Gruppen angehören sollen. Eine weitere Forderung der SDP ist die Rehabilitierung der 1 200 während der Ereignisse 1981 entlassenen Redakteure, die eindeutige Verurteilung dieser "Berufsverbote" und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

Kirchenprogramm im polnischen Fernsehen

Vertreter der katholischen Kirche und der Leiter des staatlichen Rundfunkkomitees haben am 28. Juni ein Abkommen über den Zugang der Kirche zu Rundfunk und Fernsehen unterzeichnet.

Danach hat die Kirche wöchentlich eine Stunde im gesamtpolnischen Fernsehen für die Ausstrahlung eines von ihr gestalteten und finanzierten Programms. Hinzu kommen je 15 Minuten in den lokalen Sendern von Katowice und Krakow sowie zusätzliche Rundfunksendezeiten.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Vatikan vereinbart

Zwischen der Regierung der VRP und dem Vatikan wurde kurzfristig vereinbart, mit Wirkung vom 17. 7. 1989 die diplomatischen Beziehungen wiederaufzunehmen und Botschafter auszutauschen. (Dieser Schritt kam zu diesem Zeitpunkt einer Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur Gen. JARUZELSKIS durch die Kirche gleich.)

Zum Besuch des USA-Präsidenten BUSH in der VRP und der UVR wird eine gesonderte Information erarbeitet.

2. TSCHECHOSLOWAKISCHE SOZIALISTISCHE REPUBLIK

14. Plenum des ZK der KPTsch (14./15. 6. 1989)

Genosse JAKES hob in seinem Referat auf dem Plenum stärker als bisher die Bedeutung der sozialistischen Errungenschaften und des bisher Erreichten sowie die Berücksichtigung der nationalen Spezifika für die Weiterführung der Umgestaltung in der CSSR hervor. Gleichzeitig äußerte er sich besorgt über die Entwicklungen in der VRP und der UVR.

Auch Genosse BILAK stellte auf dem Plenum fest, daß die Entwicklung in diesen beiden Ländern dramatische Ausmaße erreicht habe. Er forderte, offen und deutlich jenen entgegenzutreten, die einzuflüstern versuchen, daß es in der CSSR so lange keine Demokratie geben könnte, solange nicht ein solcher Verfall und ein solches politisches Chaos vorherrsche wie in der VRP und der UVR. Es müsse damit gerechnet werden, daß die imperialistischen Staaten ihre feindliche Kampagne gegen die CSSR forcieren werden. Es sei kein Geheimnis, daß ihnen die CSSR im Wege steht, daß sie die Republik und die Einheit zwischen Partei und Volk untergraben möchten.

Genosse JAKES hatte in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß offensichtlich einige Kräfte in der CSSR darauf spekulieren, im Ergebnis der Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern die Kirche zu einem einflußreichen Faktor der Destabilisierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung umzufunktionieren. Man werde die Tätigkeit illegaler Kirchenstrukturen nicht tolerieren

Genosse FOJTIK hatte bereits vor der Tagung auf einer Manifestation anlässlich des 70. Jahrestages der Slowakischen Räterepublik darauf verwiesen, daß in einigen Ländern des Warschauer Vertrages antisozialistische Kräfte verschiedener Couleur offenkundig das Haupt erheben und in die Offensive gehen. Unter der Fahne der Erneuerung des Sozialismus hätten sich schon des öfteren Gegner des Sozialismus, konterrevolutionäre Kräfte gesammelt. Dies geschehe gegenwärtig in der UVR. In der Trauerzeremonie anlässlich der Beisetzung von Imre NAGY hätten bestimmte Kreise im Westen eine symbolische Beisetzung des Sozialismus in diesem Land sehen wollen.

Gen. ADAMEC: Lösung ökonomischer Probleme schwieriger als erwartet

Genosse ADAMEC unterstrich auf der Tagung der Föderativen Versammlung der CSSR (20. 6. 1989), daß die bisherigen wirtschaftlichen Ergebnisse eine gute Ausgangsbasis für die weitere sozialökonomische Entwicklung darstellen. Die gesamtgesellschaftliche Dynamik sei jedoch in den letzten Jahren zurückgegangen. Das zu geringe Intensivierungstempo und die unzureichenden Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaft würden im gegenwärtigen Fünfjahrplan zum Ausfall von ca. 100 Mrd. Kronen an Nationaleinkommen führen. Anstelle des für 1986 bis 1989 geplanten Zuwachses an Nationaleinkommen von 18 bis 19 % sei nur mit 14 % zu rechnen. Die zu schleppende Modernisierung der Produktionsbasis könnte weitere Störungen des ökonomischen Gleichgewichts, eine steigende Verschuldung der Betriebe und wachsende Spannungen auf dem Binnenmarkt bewirken. Das Niveau der nominalen Einzelhandelspreise sei in den letzten acht Jahren um 11,3 % gestiegen. Der Anteil der unteren Preisklassen sei bei Textilien von 41 auf 24 % und bei Kinderbekleidung auf 1 % des Gesamtangebotes gesunken. Die Regierung wisse um die politische Bedeutung stabiler Preise. Dennoch müsse das Problem der hohen Preisstützungen aus dem Staatshaushalt (jährlich 90 Mrd. Kronen, davon zwei Drittel für Nahrungsgüter) grundsätzlich durchdacht werden. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme und die Durchsetzung der Wirtschaftsreform sei komplizierter als angenommen. Mit wesentlichen Verbesserungen sei aber erst im Verlauf des 9. Fünfjahrplanes zu rechnen. Die Regierung werde zu Hauptfragen der ökonomischen Entwicklung kurz- und mittelfristige Konzeptionen erarbeiten.

Auf die Außenwirtschaftsbeziehungen eingehend verwies Genosse ADAMEC auf die Verschuldung des Landes in frei konvertierbaren Währungen von 6,7 Milliarden Dollar Ende 1988. Die weitere Kreditaufnahme dürfe sich nicht negativ auf die Wirtschaftsentwicklung und das Lebensniveau auswirken. Genosse ADAMEC verwies weiter darauf, daß die CSSR stets ein bedeutender Produzent von Militärtechnik gewesen sei. Die Nachfrage nach dieser Technik sinke durch die internationale Entwicklung; 1989 soll diese Produktion um 16 Prozent, 1990 um 25 Prozent gesenkt werden. Die Umorientierung dieser Betriebe stelle eine der kompliziertesten Aufgaben des Fünfjahrplanes dar, ein komplexes Programm dafür sei in Vorbereitung.

Für aktivere Rolle der Massenmedien

Von führenden Genossen wurde verlangt, daß die Massenmedien aktiv zur Beseitigung von Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit in der Arbeit beitragen. Fehler und Mängel dürften nicht vertuscht werden. Man müsse sie offen eingestehen und Wege zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft aufzeigen. Mit Hilfe der Medien sollte in den Arbeitskollektiven eine Atmosphäre des Schöpfertums geschaffen werden. Es gelte, die Vorzüge des Sozialismus mit Leben zu erfüllen.

Neues Gesetz über die Volkswirtschaftsplanung verabschiedet

Das von der Föderativen Versammlung der CSSR am 21. Juni verabschiedete neue Gesetz über die Volkswirtschaftsplanung soll den Betrieben größtmöglichen Raum für Selbständigkeit und schöpferische Initiative einräumen. Als Hauptaufgabe des neuen Gesetzes wurde der Übergang zu ökonomischen Methoden der Planung, die Möglichkeiten zur Verstärkung der Unternehmertätigkeit der sozialistischen Betriebe bieten, bezeichnet.

Eine prinzipielle Veränderung sei die deutliche Durchsetzung der Langzeitplanung. Der Schwerpunkt werde sich von den Jahresplänen auf die Fünfjahrpläne verlagern, die somit zum Hauptinstrument der Leitung der Wirtschaft werden sollen. Die Kategorie der staatlichen Jahrespläne würde praktisch verschwinden.

Der nächste Fünfjahrplan werde nicht auf maximale Entwicklungstempi orientieren, sondern vor allem der Qualität der ökonomischen Entwicklung Vorrang einräumen.

Brief DUBCEKs an die Parteien und Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Mitte Juni wurden der DDR-Botschaft in der CSSR Briefe DUBCEKs sowie CERNIKS (bis 1970 Ministerpräsident der CSSR, dann aus der KPTsch ausgeschlossen) übergeben, die sie an die ZK der Kommunistischen Parteien und die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten adressiert hatten. Die Bruderparteien und die Regierungen der Bruderländer sollten sich mit diesen Briefen befassen, um "gemeinsam einen Ausweg aus der ungerechten und fehlerhaften Entscheidung gegenüber der KPTsch im Jahr 1968" zu suchen. In den Briefen wurde die bekannte Ansicht DUBCEKs zu den Ereignissen in der CSSR 1968 auf 13 Seiten dargelegt.

(Nach intern noch nicht bestätigten westlichen Agenturmeldungen hätten "Bürgerrechtsgruppen"/"Dissidenten" die Regierungen sozialistischer Staaten aufgefordert, ihre 1968 betriebene Politik neu zu bewerten (Briefe an UdSSR, DDR, VRB, VRP, UVR). Die damalige "Invasion" sei ein Verbrechen gegen das Völkerrecht gewesen. - Eine Gruppe "Erneuerung" habe außerdem den Rücktritt der Staatsführung und die Verwirklichung "elementarer Freiheitsrechte" und "demokratischer Reformen" durch eine neue Staatsführung gefordert. - Vaclav HAVEL habe erklärt, ein Umdenken der Ereignisse von 1968 sei unvermeidlich; dadurch werde die gegenwärtige CSSR-Führung zum Rücktritt gezwungen.

Weitere Angriffe gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung

Ein von antisozialistischen Kräften in der CSSR unterzeichnetes Pamphlet wurde Ende Juni von westlichen Medien verbreitet. Darin wurde u. a. gefordert: Anerkennung der "Charta 77" und ihres ungehinderten Wirkens. Zerschlagung der Gewerkschaften und weiterer gesellschaftlicher Organisationen, Rückkehr zum uneingeschränkten Privateigentum, Freilassung aller "politischen Häftlinge", offene Diskussion über den "Prager Frühling" 1968 und den Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten, Versammlungs-, Presse- und Religionsfreiheit.

Das Zentralorgan der KPTsch wies die Angriffe scharf zurück. Das Ziel derartiger Aktivitäten sei der Sturz der sozialistischen Gesellschaftsordnung. (Nach westlichen Agenturmeldungen sei das Pamphlet von mehr als 3000 CSSR-Bürgern unterzeichnet worden, darunter die bekannten Oppositionellen HAVEL, UHL, CISAR, DIENSTBIER, BENDA und DEVATY - kann intern noch nicht bestätigt werden.)

Urteile wegen Aufwiegelung gesprochen

Das Kreisgericht Usti nad Orlici hat am 28. Juni die "Charta 77"-Anhänger Frantisek STAREK und Iva VOJTKOVA wegen Herstellung und Verbreitung antisozialistischer Schriften zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb bzw. einem Jahr mit Bewährung verurteilt. STAREK soll nach westlichen Agenturangaben seit mehreren Jahren eine Untergrundzeitschrift mit dem Titel "Vokno" herausgegeben haben.

GENSCHER mischte sich in CSSR-Politik ein

Der BRD-Außenminister GENSCHER mischte sich während seines CSSR-Besuches (12./13.7.) massiv in die inneren Angelegenheiten der CSSR ein, indem er die CSSR-Regierung aufforderte, sich "dem Prozeß der politischen Erneuerung und Umgestaltung in der UdSSR, der VRP und UVR" anzuschließen.

Während seines Aufenthaltes war er auch mit Kardinal TOMASEK sowie den bekannten Oppositionellen Jiri HAJEK und Vaclav HAVEL zusammengetroffen.

Hinweis:

Der Papst charakterisierte am 1. Juli in einem Schreiben anlässlich dessen 90. Geburtstages den Prager Erzbischof, Kardinal TOMASEK, als einen "unermüdlichen Kämpfer für die Rechte der Kirche und der Bürger".

3. UNGARISCHE VOLKSREPUBLIK

Tagung des ZK der USAP (23./24. 6. 1989)

Die Tagung berief den XIV. Parteitag der USAP für den 7. 10. 1989 nach Budapest ein. Die Wahl der Delegierten soll bis zum 27. 8. abgeschlossen sein. Auf der Tagung wurde als neues operatives Führungsorgan ein aus vier Personen bestehendes Präsidium gewählt (Gen. NYER, GROSZ, NEMETH und POZSGAY). Außerdem wurde ein erweitertes Politbüro gewählt, dem unter der Bezeichnung Politisches Exekutivkomitee 21 Genossen angehören. Der Sprecher der USAP, Genosse MAJOR, erklärte dazu, das ZK habe beschlossen, als verstärkte Führung ein Präsidium zu bilden. Somit habe die Partei jetzt einen Vorsitzenden (Genosse NYERS), einen Generalsekretär (Genosse GROSZ) sowie ein aus vier Personen bestehendes kollektives Präsidium.

In der auf der Tagung beschlossenen Stellungnahme über die Lage der Partei und ihre politischen Bestrebungen heißt es, innerhalb der Partei seien neue Spannungen in erster Linie wegen abweichender Einschätzungen über den Charakter der Veränderungen, das Tempo und ihre Folgen entstanden. Unter einigen Mitgliedern der USAP gebe es die irriige Auffassung, die Probleme der Wirtschaft könnten ausschließlich durch Beziehungen mit den sozialistischen Ländern gelöst werden. Das ZK akzeptiere nicht die Einschätzungen gewisser ausländischer Politiker und Presseorgane, denen zufolge der Übergang zum politischen Pluralismus und zur Marktwirtschaft mit gemischtem Eigentum ein Verrat am Sozialismus, irgendeine "friedliche Konterrevolution" wäre. Das ZK könne jedoch auch solche rechten Äußerungen nicht billigen, die in den vergangenen Wochen in breiten Kreisen der Gesellschaft auf Antipathie stießen. Ganz entschieden weise das ZK antisowjetische Ansichten zurück.

Das ZK bekräftigte, daß der Sozialismus in Ungarn nur im Rahmen eines neuen wirtschaftlichen und politischen Modells verwirklicht werden könnte. Ziele seien der demokratische Sozialismus, die Rechtsstaatlichkeit, eine auf dem Mehrparteiensystem aufbauende parlamentarische Demokratie und eine Marktwirtschaft, in der das gemeinschaftliche Eigentum die bestimmende Rolle spiele. Die sich erneuernde Partei sei bestrebt, eine Kraft zu verkörpern, die sich zu einer neuen Synthese kommunistischer und sozialdemokratischer Werte bekennt.

Die USAP unterstütze die außenpolitische Orientierung, die den nationalen Interessen diene. Danach müsse Ungarn angesichts des gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnisses als Mitglied des Warschauer Vertrages für die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, für die gleichzeitige Auflösung der Militärblöcke wirken.

Das ZK beschloß auf der Tagung darüber hinaus, Imre POZSGAY als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Republik vorzuschlagen, falls das Parlament ein Gesetz über die Einführung dieses Amtes beschließt.

Genosse GROSZ erklärte nach der Tagung, er wolle nach den kommenden Parlamentswahlen der Politik nicht mehr hauptamtlich zur Verfügung stehen. Er äußerte, die USAP sei in der vergangenen Periode nicht fähig gewesen, verschiedene Auffassungen zur Erneuerung der Partei zu integrieren. Dadurch sei Verunsicherung entstanden und die Gefahr der Parteispaltung heraufbeschworen worden. Das Verdienst der Tagung sei die Verhinderung der Spaltung und die Formulierung einer einheitlichen programmatischen Orientierung auf einen "demokratischen Sozialismus" gewesen. Es fehle jedoch auch weiterhin ein ausgereiftes Programm, in dem die Definition des "demokratischen Sozialismus" erfolgen müsse. Der bevorstehende Parteitag solle dieses Programm beschließen sowie den Übergang zu einem moderneren Parteiverständnis einleiten. Weder die Parteiführung noch die Partei als Ganzes seien aber wirklich auf diesen Parteitag vorbereitet. Die entsprechende Kommission, die das strategische Programm erarbeiten soll, beschäftige sich noch immer mit der Analyse der Vergangenheit. Die Ausarbeitung des zukünftigen Weges stehe noch aus. Das neugebildete Politische Exekutivkomitee sei ein Politbüro mit erweiterter gesellschaftlicher Basis, das Präsidium stelle ein kollektives Leitungsinstrument zur Vorbereitung des Parteitages und zur Koordinierung der politischen Tagesfragen dar. Diese Struktur in der Führung werde bis zum Parteitag beibehalten.

Der neue Parteivorsitzende, Genosse NYERS, äußerte, seine Aufgabe werde künftig sein, besonders auf dem Gebiet der internationalen Parteikontakte sowie der Kontakte mit den neuen ungarischen Parteien verantwortlich zu sein. Er wird ab sofort bei den Tagungen des ZK und des Politischen Exekutivkomitees den Vorsitz führen. Genosse GROSZ werde sich auf parteiinterne, organisatorische Aufgaben konzentrieren.

(Damit sowie durch die Einführung des Parteipräsidiums wurden die Kompetenzen des Genossen GROSZ weitgehend eingeschränkt.)

Genosse NYERS erklärte im Zusammenhang mit dem Verlauf der Tagung weiter, es werde Kurs auf die Wiederherstellung der Einheit in der Partei genommen. Die Partei stecke in einer Krise. Es habe sich noch kein entschlossenes Partei-zentrum gebildet, das die aufkommenden reformistischen und realpolitischen Strömungen interpretieren könnte. Die Tagung habe aber die Herausbildung eines solchen politischen Zentrums der Partei, das entscheidende Teile der Mitgliedschaft vereine, gefördert. Das Hauptziel dieses Zentrums müsse eine sozialistische Reformpolitik sein, welche eindeutig alte Sozialismus-Auffassungen negiere. Der Sozialismus müsse jetzt auch bürgerliche Freiheitsrechte in die eigene Wertordnung integrieren. Die Formierung eines solchen Zentrums werde leider durch "extreme" Kräfte stark erschwert. Damit meine er die "pseudoradikale linke Abweichung", die mit marxistischem Wortgut argumentiere, sich jedoch in Wahrheit dem Beschluß der Parteikonferenz vom Mai 1988 widersetze. Ihre Vertreter seien auch mit dem Beschluß über das Mehrparteiensystem vom Februar 1989 nicht einverstanden. Diese Strömung gehe von der Vorstellung einer Diktatur des Proletariats und eines Parteizentralismus aus. Dies entspreche nicht der politischen Hauptlinie. Diese Strömung sei weder in ideologischer noch in politischer Hinsicht am Platze (Ungarn sage sich von der Diktatur des Proletariats los und bekenne sich zur parlamentarischen Demokratie - Interview für "Die Welt"). Die Partei müsse jedoch die Tatsache akzeptieren, daß sich mancher dennoch intensiv ihr zugehörig fühle, auch wenn die Gefühle und Ansichten der Anhänger dieser Strömung den politischen Überzeugungen der Mehrheit in der Partei widersprechen würden. Genosse NYERS führte weiter aus, er halte auch diejenigen für Träger extremer Ansichten, die sich von der ungarischen Realität entfernen. Dies seien jene, die davon ausgingen, daß der gesamte frühere Kampf Ungarns, der ungarischen Arbeiterklasse und der ungarischen Parteilbewegung für eine sozialistische Politik negativ, ineffektiv und ergebnislos gewesen sei. Sie seien der Meinung, daß heute immer noch ein stalinistisches Regime zu beseitigen wäre, das praktisch in keinerlei Hinsicht reformfähig sei. Diese Haltung betrachte er als extrem. Sie könne nicht als realistisch angesehen werden, obgleich sie von Personen vertreten werde, die ihr Reformbestreben kundtun. Diese extremen Erscheinungen müßten sich abschleifen, denn das System sei trotz allem reformfähig.

Die USAP wolle lt. NYERS eindeutig in Praxis und Ideologie eine Reformpartei sein. Die Reformpolitik werde jetzt einheitlicher verfolgt. An der Spitze müsse eine bessere Koordinierung erreicht werden. Er selbst sehe seinen Beitrag in der Herausbildung einer besser funktionierenden Partei. Sie müsse fähig sein, verschiedene Strömungen konstruktiv zu integrieren und extreme Schritte und Auffassungen abzulehnen. Bis zum Parteitag müsse eine politische Konzeption erarbeitet werden, mit der die USAP ein grundlegender und gut funktionierender Bestandteil des sich herausbildenden demokratischen politischen Systems bleibe.

POZSGAY bezeichnete die Bildung des Präsidiums als Kompromiß. Auch er verwies darauf, daß es auf der ZK-Tagung eine Diskussion über Strömungen in der Partei gegeben hat. Die verschiedenen Ansichten sollten als Quellen bei der Vorbereitung des Parteitages und der Parlamentswahlen genutzt werden. Es gebe einen gewissen Kampf zwischen den verschiedenen Reformströmungen, aber alle wollten einen demokratischen Sozialismus. Einig sei man sich im Präsidium in der Grundfrage der Ablehnung des alten Modells. Im Präsidium sei also jene Strömung nicht vertreten, die heute auch die proletarische Diktatur verkünde. Diese "dogmatischen, sektiererischen Kräfte, Stalinisten, Betonköpfe" sollten die Partei verlassen. Man sollte ihnen einen Weg anbieten: Austritt oder Ausscheiden aus der USAP.

Der ungarische Justizminister, Genosse KULCSAR, erklärte, die Reformbewegung sehe die endgültige Zerschlagung des autoritären und bürokratischen politischen Systems und die Schaffung einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft in der UVR vor.

Ministerpräsident NEMETH vertrat die Auffassung, die Umgestaltung der Machtstrukturen gehe weiter, und die "konservativen Kräfte" könnten die frühere Ordnung nicht wieder herstellen. In der USAP würden die Positionen der Reformanhänger immer stärker.

Internen Informationen zufolge waren der ZK-Tagung mehrtägige Beratungen des Politbüros mit harten Auseinandersetzungen um die Besetzung der Funktionen des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der USAP sowie um den weiteren Kurs der USAP vorangegangen. Die Reformkräfte im Politbüro und im ZK um POZSGAY (VASTAGH, SZÜRÖS, Außenminister HORN und Innenminister HORVATH) hätten einen

wachsenden Druck auf Genossen GROSZ ausgeübt, um ihn zum Rücktritt auf der ZK-Tagung zu veranlassen. Gleichzeitig war eine Zunahme ähnlicher Aktivitäten im ZK-Apparat zu verzeichnen. Diese Kräfte hatten eine Ablösung des Genossen GROSZ noch vor dem BUSH-Besuch in der UVR angestrebt, um für dessen Verlauf "günstigere Bedingungen" zu schaffen. (Nach Einschätzung progressiver Genossen in Budapest stellen das Verbleiben des Genossen GROSZ in seiner Funktion als Generalsekretär und die Schaffung des vierköpfigen Präsidiums bis zum Parteitag einen Kompromiß im Ergebnis der jüngsten Auseinandersetzungen dar.) BRD-Regierungskreise erwarten eine Verschärfung der Auseinandersetzung in der Führung der USAP vor dem Parteitag.

Führende Vertreter ungarischer Oppositionsparteien (Partei der Unabhängigen Kleinunternehmer, Verband Freier Demokraten, Ungarische Volkspartei) vertraten die Auffassung, mit der Wahl des Präsidiums habe sich die USAP mehr den Reformen und sozialdemokratischen Werten zugewandt. Es sei notwendig, die sogenannten fundamentalistischen Kräfte aus der Partei zu verdrängen. Die Schaffung des Präsidiums sei auf jeden Fall ein Fortschritt, eine Stärkung der Reformkräfte. Das neue Gremium mache die USAP verhandlungsfähiger, denn der Reformkurs dominiere eindeutig.

"Reformer" sind für "Erneuerung" der USAP

Auf einer Beratung Budapester "Reformgruppen" und "reformgesinnter Parteiorganisationen" (diese Begriffe wurden von der ungarischen Nachrichtenagentur MTI verwendet) Anfang Juli äußerte NYERS die Hoffnung, daß ihre Tätigkeit zum Überdenken der Sozialismus-Auffassung, zur Erneuerung der Partei beitragen werde. Es gehe um die politische und wirtschaftliche "Demokratisierung". In einer an die Mitglieder der USAP gerichteten Botschaft wurde festgestellt, daß sich die "Reformgruppen" für die Umwandlung der USAP in eine "Reformpartei" einsetzen. Ihre politische Arbeit ziele

- auf den Sieg des "Reformflügels" der Partei und
- auf die Gewinnung der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder für radikale Reformen.

In einer von der Zeitung "Magyar Nemzet" veröffentlichten Erklärung forderten "Reformkreise der USAP", sich von konservativen Elementen in der Partei zu trennen, weil es unmöglich erscheine, freie Wahlen unter Führung von Genossen GROSZ zu gewinnen. Die Gründung einer "Ungarischen Sozialistischen Partei" oder einer "Demokratischen Sozialistischen Partei" müsse durch die Spaltung der USAP herbeigeführt werden, bei der die Konservativen zurückgelassen würden.

Gesetz über Landesverteidigung wurde geändert

Das Parlament beschloß Ende Juni Änderungen des Verteidigungsgesetzes. Wesentlichste Änderung ist die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes (28 Monate). Der Grundwehrdienst beträgt jetzt 12 Monate (vorher 19), für Unteroffiziere 18 Monate (vorher 24). Dazu kommen 16 bzw. 10 Monate Reservezeit. Der Dienst ohne Waffe in der Armee erstreckt sich weiterhin über 24 Monate plus 4 Monate Reservezeit. Wehrdienstverweigerung wird mit 3 Jahren Gefängnis bestraft (bisher 5 Jahre).

Der Verteidigungsminister, Gen. KARPATI, hatte vorher mitgeteilt, die offizielle Anrede in den Streitkräften werde "Kamerad" und nicht mehr wie bisher "Genosse" lauten. Der Eid der Wehrpflichtigen solle verändert und der von Berufssoldaten und Reserveoffizieren modifiziert werden. Dazu liegen noch keine Angaben vor. (Mit diesen Änderungen würde den Forderungen oppositioneller Kräfte nachgegeben. Außerdem sollte der Beweis für eine "Reformbereitschaft der Armee" erbracht werden.)

POZSGAY erklärte zur ungarischen Militärdoktrin, Ungarn betrachte die NATO und den Westen nicht mehr als potentiellen militärischen Gegner. Deshalb würden die ungarischen Truppen, die bisher entlang der österreichischen Grenze zur Abwehr eines möglichen NATO-Angriffs konzentriert waren, an die Ost- und Südostgrenze (Rumänien) verlegt. TABAJDI, ein stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der USAP, äußerte gegenüber einer italienischen Zeitung Befürchtungen wegen einer angeblichen militärischen Bedrohung aus südöstlicher Richtung. Gen. KARPATI bezeichnete diese Äußerung als fehlerhaft und unbegründet. SZÜRÖS hingegen verteidigte T. und äußerte, es gäbe in der rumänischen Politik einen Umstand, den die UVR in ihrer Verteidigungskonzeption berücksichtigen müsse (keine konkreten Angaben).

Veränderungen im MdI vollzogen

Der ungarische Innenminister, Genosse HORVATH, erklärte zur bereits vollzogenen Umstrukturierung im MdI, daß diesem neue Aufgabengebiete zugeordnet wurden. Dazu gehören Gebiets- und Ortsentwicklungsangelegenheiten, Flüchtlings- sowie

Wirtschaftsprobleme. In diesem Zusammenhang wurden ein Wahlbüro, ein Amt für Flüchtlingsangelegenheiten sowie eine Hauptabteilung für den öffentlichen Dienst geschaffen. Mit dem Inkrafttreten weiterer Gesetze und Verordnungen werde auch die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Polizei- und Sicherheitsorgane festgeschrieben.

Nach streng internen Hinweisen ist das MdI bereits auf eine Arbeit unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems eingerichtet. Die innere Abwehrarbeit wurde im wesentlichen eingestellt (in einem Mehrparteiensystem sind ohnehin alle legal). Die Zielstellung des MdI bestehe nicht mehr in der Verteidigung der Linie der Partei, sondern nur noch im Schutz der Verfassung und der Gesetze. Die Entpolitisierung im MdI gehe weiter. Während einer "Landeskonferenz im Innenministerium" wurde eine neue Konzeption für die Arbeit der Staatssicherheit vorgestellt, wonach dieses Organ künftig nicht mehr als Instrument in der Auseinandersetzung bei unterschiedlichen Ansichten und nicht der täglichen Politik dienen, sondern Verletzungen der nationalen Sicherheit aufdecken soll. Die Untersuchungsabteilungen der Staatssicherheit und der Kriminalpolizei wurden zusammengelegt.

Ungarn strebt "marktwirtschaftliche Ziele" an

Genosse NYERS führte in einem Interview für die BRD-Zeitung "Die Welt" an, Ungarn bekenne sich zur Marktwirtschaft. Dabei müsse bis zu einem gewissen Grad Arbeitslosigkeit geduldet werden. Auch ein erhöhter Inflationsdruck sei unausweichlich und müsse ertragen werden. Die Öffnung Ungarns zur Weltwirtschaft habe Vorrang. Es finde eine Umorientierung des Handels in Richtung auf die westlichen Industrieländer statt. Hingegen werde der Handel mit den RGW-Ländern nicht zunehmen. Ungarn wolle die Qualität des Austausches verbessern. Das werde aber nur mit Ländern gehen, die ähnlich wie Ungarn marktwirtschaftliche Ziele anstreben, also mit der UdSSR, der VR Polen und der SFRJ. Der Warenaustausch solle dabei in konvertierbaren Hartwährungen abgerechnet werden.

Weitere Angriffe auf Person LENINS

Die alternative oppositionelle Organisation "Republikanischer Kreis" (zu dieser Organisation liegen keine weiteren Informationen vor) sammelte im Juni in Budapest Unterschriften gegen die Wiederaufstellung des vor der NAGY-Bestattung entfernten LENIN-Denkmal in Budapest. Das Denkmal wurde als ein "Symbol des Sieges des Bolschewismus" bezeichnet; außerdem seien die Kosten für seine Restaurierung "unerträglich" hoch.

Ungarische Gewerkschaft orientiert sich an westlichen Vorbildern

Der Generalsekretär des Landesrates der Ungarischen Gewerkschaften, Sandor NAGY, erklärte zum künftigen neuen Statut der ungarischen Gewerkschaftsbewegung, bei dessen Erarbeitung habe man sich auf Vorlagen großer westlicher Gewerkschaften wie des DGB oder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gestützt. Der neue Verband werde nicht als verlängerter Arm der Partei agieren. Man werde sich bemühen, auch die neuen, "unabhängigen" Gewerkschaften in den Dachverband aufzunehmen.

Westliche Hilfe für "Reformprozesse" in Ungarn

Eine internationale Expertenkommission wird die ungarische Regierung in Wirtschaftsfragen beraten. Die 36 Wissenschaftler, Universitätsprofessoren, Bankiers und Unternehmer aus mehreren Staaten sollen eine "Strategie zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur" Ungarns erarbeiten. Mitglieder der Kommission sind u. a. der Präsident der baden-württembergischen Landeszentralbank, KLOTEN, der ehemalige japanische Außenminister OKITA sowie der wissenschaftliche Direktor der Universität von Massachusetts, BEER.

Der Exekutivsekretär der Europäischen Demokratischen Union (EDU), KHOL, erklärte ausgehend von einer EDU-Sitzung in Budapest (19. - 21. 6. 1989, erstmals in einem sozialistischen Land), die EDU werde den Reformprozeß in Ungarn unterstützen. Im Vordergrund müsse Hilfe bei der Umschuldung, beim Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft und eines Systems der Sozialpartnerschaft stehen.

Außerdem solle es eine moralische und materiell-organisatorische Unterstützung für die Reformkräfte geben. So würden u. a. private Stiftungen legal Druckmaschinen und ähnliche Ausrüstungen zur Verfügung stellen. Während der unter Vorsitz des CDU-Politikers und EDU-Vizepräsidenten Bernhard VOGEL durchgeführten Beratungen gab es Gespräche der EDU-Vertreter mit verschiedenen oppositionellen Parteien sowie der oppositionellen Jugendorganisation FIDESZ. Dabei brachten die EDU-Vertreter unverhüllt ihre Ziele und Empfehlungen gegenüber den Reformkräften in Ungarn zum Ausdruck. VOGEL forderte dabei ein richtiges Tempogefühl für die politischen Reformen. Er bot der Opposition vor allem Hilfe in Form von Auslandsreisen, der Organisierung von Schulungen, Sprachlehrgängen sowie Delegationsaustausch an. Er kündigte an, daß ab 1. 1. 1990 ein Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU in Budapest eröffnet wird.

Mit der im Juni erfolgten Eröffnung des Büros der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Budapest (siehe Monatsübersicht 6/89) soll ebenfalls der BRD-Einfluß in Ungarn gezielt erweitert werden. Das Büro stellt sich zur Aufgabe, die Entfaltung des Pluralismus und die Entwicklung eines "Rechtsstaates" zu unterstützen und dabei politische Gruppierungen im bevorstehenden Wahlkampf zu "beraten". Als möglicher Hauptpartner wird seitens der FDP der ungarische "Verband Freier Demokraten" angesehen.

Der USA-Botschafter in der UVR, PALMER, verhandelte am 27. Juni mit Vertretern von Parteien und Organisationen, die dem oppositionellen Runden Tisch angehören, über wirtschaftspolitische Fragen. Es sei darüber gesprochen worden, wie der Westen der ungarischen Wirtschaft helfen könne. Die Opposition habe darin übereingestimmt, daß das Land eine starke Wende in Richtung auf eine wachsende Rolle der Privatwirtschaft benötige. (Zu den Verhandlungen zwischen der USAP und dem oppositionellen Runden Tisch s. Anlage 1)

Die von der USA-Regierung finanzierten Diversionssender "Radio Free Europe" und "Radio Liberty" werden im Sommer 1989 ein Nachrichtenbüro in Budapest eröffnen. Anfangs werde ein Journalist des ungarischen Rundfunks für die beiden Sender arbeiten. (Erstmals können diese Sender in einem sozialistischen Staat ein derartiges Büro eröffnen.) Mit Erlaubnis der ungarischen Behörden können eine Nachrichtenredaktion, Sendestudios und weitere technische Anlagen errichtet werden.

Erste Privatsender in Betrieb

Die ersten privaten Radio- und Fernsehsender haben in der UVR ihren Betrieb aufgenommen. Dabei handelt es sich um den englischsprachigen Sender "Radio Bridge", der von der aus Schweden, Amerikanern, Kanadiern und Ungarn bestehenden "Sam Ltd" finanziert wird, sowie den Fernsehsender "Kanal Balaton", der in deutscher Sprache für die Feriengäste am Balaton sendet.

Osteuropa-Büro des Jüdischen Weltkongresses eröffnet

Der Jüdische Weltkongreß eröffnete am 10. 7. in Budapest nach 40jähriger Unterbrechung sein Osteuropa-Büro wieder. An in diesem Zusammenhang in Budapest stattfindenden Verhandlungen nahm auch der Vizepräsident des Weltkongresses KAPLAN aus Südafrika teil.

Westen erwartet große Veränderungen in UVR

Westliche politische Kreise schätzten (intern) ein, daß die UVR vor gravierenden politischen und ökonomischen Veränderungen stehe. Schon in den nächsten Monaten wäre eine Teilung der Macht zwischen USAP und Opposition möglich. Wenn keine entscheidende Verschärfung der ökonomischen Krisensituation eintrete und keine sozialen Unruhen ausbrechen würden, könnte der begonnene Übergangsprozeß zum Mehrparteiensystem erfolgreich verlaufen. Diesen Prozeß wolle der überwiegende Teil der Opposition schrittweise gestalten. Der USAP müsse die Möglichkeit zur Aufgabe ihrer führenden Rolle gegeben werden, ohne daß sie dabei ihr Gesicht verliere. Die UdSSR sei zur Tolerierung der Entwicklung in der UVR bereit, solange

- die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag und im RGW nicht in Frage gestellt werde,
- die innere Stabilität nicht beeinträchtigt werde und
- den Kommunisten ein Platz in der Gesellschaft gewährleistet sei.

Oppositionelle Kräfte formieren sich weiter

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns (SPU) wählte Ende Juni Dr. Andreas REVESZ zu ihren Ehrenpräsidenten, Tibor BARANYAI zum Präsidenten sowie Imre TAKACZ und Sandor BACSKAI zu Sekretären. BARANYAI erklärte dazu, für Oktober oder November sei ein Parteikongreß geplant. Dazu sei vorgesehen, Delegationen europäischer sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien einzuladen. Bis dahin solle die derzeitige Mitgliederzahl (20 000) verdoppelt werden. Für Herbst sei auch die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift mit dem Titel "Sozialdemokratische Volksstimme" vorgesehen. Die Partei hoffe, ihre vollständige rechtliche Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale wiederherstellen zu können. Sie habe einen Beschluß zur Popularisierung der sozialdemokratischen Ideen gefaßt.

Am 1. Juli fand eine Landestagung der Partei statt, auf der sich das Mitglied des SPD-Präsidiums, Wolfgang ROTH, für eine starke sozialdemokratische Bewegung in der UVR einsetzte. Es gehe um eine reformistische, viele Strömungen und viele Jugendliche um sich scharende Partei; sie müsse die Traditionen pflegen und den Weg in die Zukunft weisen.

Ungarische Genossen verweisen darauf, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns sehr aktiv sowohl in Betrieben als auch in den Wohngebieten sei. Auch Kommunisten würden ständig Einladungen zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen dieser Partei erhalten.

Bereits im Juni konstituierte sich die "Neue Märzfront" zu einer gesellschaftlichen Organisation. Sie strebe die Vereinigung des sozialistischen Gleichheitsideals mit den Traditionen des bürgerlichen Radikalismus an und betrachte sich weder als Opposition noch als Verbündeter der USAP.

Sie wolle die Herausbildung der pluralistischen Demokratie fördern. An der konstituierenden Versammlung hatten POZSGAY sowie SZÜRÖS teilgenommen. Genosse GROSZ hatte die Bestrebungen der "Neuen Märzfront" als positiv und von Beginn an konstruktiv gewertet.

Präsidium und Vorstand des "Ungarischen Demokratischen Forums" (UDF) haben Ende Juni beschlossen, die Organisation in eine Partei umzubilden. Name und Ziele würden unverändert bleiben. Das UDF habe den Wunsch, zu einer politischen Kraft zu werden, die zur Regierungsbildung befähigt ist.

Mehrere ungarische Oppositionsführer erhalten derzeit in den USA eine Ausbildung, darunter allein 200 Funktionäre des "Verbandes Freier Demokraten" sowie des "Verbandes Junger Demokraten" (FIDESZ). Diese werden nach Angaben des "Verbandes Freier Demokraten" in den USA in die "Feinheiten des Wahlkampfes eingeweiht".

Von den USA aus hat der geschäftsführende Ausschuß der "Ungarischen Freiheitspartei" seine Tätigkeit aufgenommen. Die ungarische alternative Zeitschrift "Reform" teilte dazu mit, sie habe aus den USA das Parteiprogramm erhalten und werde es veröffentlichen. An die Ungarn werde appelliert, Ortsgruppen der Partei zu bilden und dazu Verbindung mit dem Sitz des provisorischen Vorstandes in New York aufzunehmen.

Eine "Ungarische Oktober-Partei" wurde Ende Juli in Budapest gegründet. Als Ziele wurden die restlose Realisierung der Ziele der "Revolution von 1956" und des "Freiheitskampfes" sowie die Überwindung der ständig zunehmenden ökonomischen, moralischen und politischen Armut genannt. Zu den Initiatoren zählen lt. MTI "Freiheitskämpfer, radikale Teilnehmer an der oppositionellen Bewegung" und andere auf Erneuerung drängende Staatsbürger.

Nach Darstellung des ZK-Sekretärs BARABAS würden in der nächsten Zeit sehr viele kleine Parteien entstehen, aus denen sich später evtl. solche politischen Kräfte herausbilden werden wie Nationaldemokraten, Bürgerlich-Liberale, Christliche Demokraten und Christlich-Soziale. Das Land könne nur in dem besonderen ungarischen Modell von einem demokratischen Sozialismus glücklich werden.

Aufmarsch der Konterrevolution am 16. Juni 1989 in Budapest

Der ungarische Ministerpräsident, Genosse NEMETH, erklärte zu der Wiederbesetzung Imre NAGYS und anderer am 16. Juni in Budapest, dies habe Ungarn der nationalen Versöhnung nähergebracht. "Einige Personen" hätten dieses Ereignis jedoch zu extremen antikommunistischen und antisowjetischen Ausfällen benutzt, die im Land berechtigte Klagen und Unwillen ausgelöst hätten und unerwartete Folgen haben könnten. Außerhalb der Grenzen würden sie jenen Anlaß zur Verurteilung bieten, die das unternommene historische Experiment ohnehin nicht sehr wohlwollend betrachten. In der Auslandspresse habe es Reaktionen gegeben, in denen Mißbilligung oder sogar eine Verurteilung zum Ausdruck kam.

Progressive ungarische Genossen schätzten ein, daß sich die Ereignisse am 16. Juni in Budapest zu einem Aufmarsch der inneren und äußeren konterrevolutionären Kräfte gestalteten und zu ihrer politischen und organisatorischen Stärkung führten. Die Veranstaltung sei Ausdruck dafür gewesen, daß die USAP wichtige Prozesse der innenpolitischen Entwicklung nicht mehr beherrscht und weiter in die Defensive gedrängt worden ist, und daß die Zerrüttung der sozialistischen Staatsmacht anhält und voranschreitet. Sie stelle einen weiteren Schritt zur Restaurierung bürgerlicher Verhältnisse dar. Mit ihr seien die Versuche fortgesetzt worden, Ungarn aus der Gemeinschaft der sozialistischen Länder herauszulösen. Die innenpolitische Lage habe sich mit den Ereignissen des 16. Juni trotz des äußerlich ruhigen Verlaufes der Veranstaltungen weiter verschärft. Die Umbewertung der Konterrevolution von 1956 und die damit verbundene Rehabilitierung von NAGY hätten von Beginn an auf eine Umorientierung der USAP in Richtung sozialdemokratischer Positionen gezielt.

Der Chefredakteur der "Budapester Rundschau", NEMES, richtete in der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitung Anfang Juli heftige Angriffe gegen die UdSSR, die DDR, die CSSR, die SRR und Albanien wegen ihrer Reaktionen auf die Ereignisse am 16. Juni in Budapest. Der entsprechende Artikel war besonders als eine direkte Antwort auf die Reaktionen der Medien der DDR angelegt.

Imre NAGY und andere juristisch rehabilitiert

Am 6. 7. 1989 hob das Oberste Gericht die 1958 gefällten Urteile auf: Imre NAGY, Ferenc DONATH, Miklos GIMES, Zoltan TILDY, Pal MALETER, Sandor KOPACSI, Jozsef SZILAGYI, Ferenc JANOSI und Miklos VASARHELYI hätten keine Straftaten begangen. Oppositionelle Kräfte fordern seit einiger Zeit auch die Rehabilitierung von Kardinal MINDSZENTY. Kardinal PASKAI forderte dies in einem Brief an den Ministerpräsidenten NEMETH. Der Prozeß gegen ihn sei unrechtmäßig gewesen. NEMETH informierte in einer Antwort PASKAI darüber, daß laut Ministerratsbeschuß eine nachträgliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Gerichtsverhandlung gegen MINDSZENTY bereits eingeleitet worden sei.

Kundgebungen vor sowjetischer Botschaft

Am 15. 6. war es zu antisowjetischen Kundgebungen vor der UdSSR-Botschaft in Budapest gekommen. Gen. NEMETH äußerte dazu, derartige Äußerungen und Aktionen hätten in der ungarischen Gesellschaft keine Massenbasis, sie seien die Meinung einer "äußerst kleinen Minderheit". Jeder Schritt, der den ungarisch-sowjetischen Beziehungen schaden könnte, laufe den nationalen Interessen zuwider.

Am 23. 10. 1989 weitere Aktivitäten oppositioneller Kräfte zu erwarten

Im ungarischen Sicherheitsorgan wird damit gerechnet, daß oppositionelle Kräfte versuchen werden, am 23. Oktober (Jahrestag des Ausbruchs der Konterrevolution von 1956) Demonstrationen und Kundgebungen - besonders in der Hauptstadt - zu organisieren und durchzuführen, bei denen diese Kräfte "Macht" demonstrieren werden. Provokationen und andere Zwischenfälle werden dabei nicht ausgeschlossen.

Außenminister HORN: Ungarn im Warschauer Vertrag nicht isoliert

Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erklärte Genosse HORN, die Bukarester Beschlüsse würden einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses darstellen. Erstmals sei in Dokumenten einer solchen Tagung im Konsens festgestellt worden, daß kein allgemeingültiges Sozialismus-Modell existiere. Die UVR werde keinerlei Zweifel an der Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag aufkommen lassen und die gegenwärtigen Prozesse innerhalb des Bündnissystems maximal unterstützen. Bereits vor der Tagung hatte er erklärt, im Warschauer Vertrag gebe es gegenwärtig keine Isolierung Ungarns. Die UdSSR und Polen hätten die gleichen Ziele wie Ungarn. Mit der DDR habe man in Abrüstungsfragen und zu zahlreichen anderen Themen der internationalen Sicherheit praktisch identische Standpunkte. Gleiches gelte für die VRB und die CSSR. Es existierten jedoch auch wesentliche Fragen, in denen sich die Auffassungen Ungarns und der DDR unterscheiden würden, beispielsweise zum Pluralismus, zur Einführung des Mehrparteiensystems sowie zur Rolle des Marktes. Diese Differenzen mit der DDR seien auf Tabus in ideologischen Fragen zurückzuführen.

Auf Initiative von HORN fand Ende Juni ein Treffen mit Vertretern oppositioneller Parteien und Organisationen statt, an dem POZSGAY teilnahm. Die Kräfte der Opposition wurden dabei über die ungarischen außenpolitischen Bestrebungen informiert. Lt. HORN sei das MfAA für einen ständigen Kontakt zu diesen Kräften. Ihre Vorschläge würden berücksichtigt. Meinungsverschiedenheiten seien kein Hindernis für eine Zusammenarbeit. Ein gemeinsames Interesse bestehe in der Schaffung einer nationalen Verständigung in außenpolitischen Fragen. (Das Treffen diene offenkundig der Vorbereitung für die Ausarbeitung einer gemeinsamen außenpolitischen Plattform unter möglichen Koalitionsbedingungen in Ungarn. Die oppositionellen Parteien setzen sich für eine Öffnung und Annäherung gegenüber den kapitalistischen Ländern und eine Lockerung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten ein.)

Hinweis: Der Präsident Südkoreas wird im November die UVR besuchen. Dies wird der erste Besuch eines südkoreanischen Präsidenten in einem sozialistischen Land sein.

Gesetzentwurf über Ein- und Auswanderung gebilligt

Der ungarische Ministerrat hat Ende Juni einen Gesetzentwurf über die Ein- und Auswanderung, die Freiheit der Auswanderung und das Paßwesen gebilligt. Nach dem Entwurf sei es ein grundlegendes Recht der Staatsbürger, das Land zu verlassen bzw. zurückzukehren. Der Entwurf soll nach Veröffentlichung und gesellschaftlicher Diskussion dem Parlament zugeleitet werden.

4. VOLKSREPUBLIK BULGARIEN

Politisch-ökonomische Situation durch "Ausreisewelle" zugespitzt

Die "Ausreisewelle" der Bürger moslemischen Glaubens nach der Türkei hält unvermindert an. (Mehr als 500 000 haben um Ausreise nachgesucht. Nach neuesten Angaben sind bis jetzt 150 000 - Stand vom 18.7. - ausgereist.) Dies hat zur weiteren Zuspitzung der politisch-ökonomischen Situation in der VRB geführt. Es sind bereits ökonomische Verluste in beträchtlichen Größenordnungen eingetreten, da nicht nur durch die bereits ausgereisten Moslems Probleme auftreten, sondern auch durch die Vielzahl der noch Ausreisewilligen, die derzeit um die Regelung ihrer Angelegenheiten bemüht sind. Die Situation ist besonders in der Land- und Forstwirtschaft (Ernteeinbringung und Viehversorgung), in der pharmazeutischen- und der Leichtindustrie, im Dienstleistungssektor und im Bauwesen angespannt. Hinzu kommt, daß durch Ausreisewillige Häuser verkauft, Felder verwüstet und vor allem wertintensive Gegenstände aufgekauft werden. In den besonders betroffenen Gebieten Burgas, Haskowo, Rasgrad und Warna sollen bereits in der Landwirtschaft 80 Prozent und in der Industrie 40 Prozent der Arbeitskräfte fehlen. Teilweise kam es zu einer Entvölkerung ganzer Dörfer. Eine Reihe Industriebetriebe liegt still. Das gesamte Volk wurde aufgerufen, die eingetretenen großen Produktionsverluste durch zusätzliche Arbeitsleistungen zu kompensieren. Durch die Schließung von kleinen und mittleren Betrieben, die Konzentration von Arbeitskräften, durch Sondereinsätze und die Verlängerung der Arbeitszeit konnten der Produktionsausfall und die Störungen im Produktionsrhythmus minimiert werden.

Der Ministerrat der VRB beschloß in diesem Zusammenhang, daß ab sofort auf freiwilliger Grundlage sonnabends wieder gearbeitet und die Arbeitszeit verlängert wird, Arbeitskräfte zeitweilig umgesetzt werden, Urlaub verlagert wird, verstärkt Rentner sowie alle Studenten, Schüler und Lehrer während der Ferien in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Unverzüglich müsse mit der Umqualifizierung von Werkträgern begonnen werden. Zusätzlich zu den bereits eingesetzten Teilen der Armee (gegenwärtig 50 000 Armeeingehörige), sollen Reservisten mobilisiert und in der Landwirtschaft eingesetzt werden (ebenfalls Angestellte und zusätzliche vietnamesische Werkträgern). Der Staatsrat verfügte Maßnahmen zur "Bereitstellung von Arbeitskräften in außergewöhnlichen Situationen" und verab-

schiedete einen Erlaß über "zivilen Notdienst in Friedenszeiten". Der Magistrat von Sofia teilte Mitte Juli mit, daß entsprechend dieses Erlasses ca. 75 000 Männer und Frauen erfaßt wurden und für volkswirtschaftliche Aufgaben bereitstehen. So sollen auch mit administrativen Mitteln weitere ökonomische Schäden vermieden werden.

Im Zentralorgan der Partei wurde gefordert, mit allen Mitteln die öffentliche Ordnung zu schützen. Gegen jegliche Störversuche müsse vorgegangen werden; Aufwiegler und Spekulanten seien zu entlarven. Partei und Regierung appellierten Mitte Juli an den Kollektivgeist der Bürger der VRB, an ihre wirtschaftliche Loyalität gegenüber den Partnern und ihr Bewußtsein zur Sicherung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1989.

Zu einer weiteren Zuspitzung der bulgarisch-türkischen Beziehungen hat eine antibulgarische Protestveranstaltung am 24. 6. in Istanbul geführt. Mit dieser Veranstaltung sollte der Eindruck erweckt werden, daß das türkische Volk "Vergeltung" bis hin zum militärischen Eingreifen verlange. Besonders rechte Kräfte forderten die Anwendung militärischer Gewalt. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation ist nach Einschätzung von Genossen unserer Botschaft in der Türkei auf absehbare Zeit mit Spannungssituationen zwischen der Türkei und der VRB zu rechnen. Der türkische Präsident soll 40 Staatsoberhäupter westlicher, sozialistischer, islamischer und blockfreier Staaten in Schreiben um Hilfe im "Streit mit Bulgarien" gebeten haben.

Auf bulgarischer Seite ist die Sorge, daß die Situation weiter eskalieren könnte, weiter gewachsen. Einerseits wird dabei nach wie vor ein begrenzter militärischer Konflikt nicht ausgeschlossen, da die Forderungen rechter und faschistischer Kreise in der Türkei nach bewaffneten Aktionen immer lauter werden, andererseits befürchten die bulgarischen Genossen, daß nach einem eventuellen Schließen der Grenze seitens der Türkei sich die Lage im Innern der VRB zuspitzen könnte.

Bildung politischer Komitees in der VRB

In der VRB wurde auf Initiative des Genossen SHIWKOW mit der Bildung von "Komitees der politischen und gesellschaftlichen Kräfte" begonnen. Diese Komitees sind gedacht als neue, spezifische Form der demokratischen Abstimmung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, sie sollen die Aktionseinheit, die Zusammenarbeit und Koordinierung der gesamten Öffentlichkeit für die Entwicklung der Gemeinden, der Gebiete, des ganzen Landes auf der Grundlage des sozialistischen Pluralismus gewährleisten.

Die Komitees werden auf freiwilliger Grundlage, mit Einverständnis und auf gemeinsame Initiative der Vorsitzenden der politischen, gesellschaftlichen und schöpferischen Organisationen sowie selbständiger Gesellschaften gebildet. Die Leitung der Komitees wird nacheinander und für eine bestimmte Frist von den Vorsitzenden der Mitgliedsorganisationen übernommen.

Die Komitees sind organisatorisch an die Vaterländische Front angebunden. Die Partei, so heißt es dazu in einem Beitrag der "Rabotnitschesko Delo", verlasse damit die höchste Stufe der Macht und trete in Wechselbeziehungen zu den anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften. Die neuen Komitees seien Mittel zur Erreichung bestimmter politischer, wirtschaftlicher, sozialer und weiterer Ziele.

5. SOZIALISTISCHE REPUBLIK RUMÄNIEN

ZK der RKP schlug Wiederwahl des Genossen CEAUSESCU als Generalsekretär vor

Ein entsprechender Beschluß wurde auf der ZK-Tagung am 27./28. 6. 1989 gefaßt. Außerdem wurde beschlossen, den XIV. Parteitag für die Zeit vom 20. bis 25. November 1989 einzuberufen.

Auf der Tagung wurde erneut bekräftigt, daß die SRR niemals vom revolutionären Weg des sozialistischen Aufbaus abweichen wird; die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus werden konsequent unter den konkreten Bedingungen des Landes angewandt. Es wurde unterstrichen, daß eine Wiederwahl des Genossen CEAUSESCU ein politischer Akt von entscheidender Bedeutung sei und die Kontinuität des sozialistischen Aufbaus sichern werde.

Genosse CEAUSESCU betonte ein weiteres Mal insbesondere die Notwendigkeit

- der weiteren Stärkung, Entwicklung und Vervollkommnung des sozialistischen Eigentums,
- des Festhaltens an der einheitlichen Leitung der sozialökonomischen Tätigkeit auf der Grundlage eines einheitlichen Planes, der Vervollkommnung der Rolle des Staates,
- der Sicherung der politischen Führungsrolle der Partei (diese Rolle kann mit niemandem geteilt werden),
- des Kampfes gegen unwissenschaftliche und antirevolutionäre Thesen, der Ablehnung sozialismusfremder Konzeptionen,
- wirksamer politisch-ideologischer Arbeit im Volk, besonders unter der Jugend.

Diese Aussagen sind auch in den Dokumenten enthalten, die veröffentlicht und zur Diskussion gestellt wurden. Offensichtlich im Hinblick auf die Entwicklungen in anderen sozialistischen Staaten, vor allem der VRP und der UVR, wurden der Verzicht auf den revolutionären Charakter der Partei und ihre Umwandlung in eine Reformpartei als äußerst schädlich bezeichnet.

Die Partei dürfe nicht auf die politische Führungsrolle verzichten, wenn der Sozialismus nicht gefährdet werden soll. In der ideologischen Arbeit müsse ein Kampf gegen die Unterschätzung oder Negation der revolutionären Theorie geführt werden. Ein pluralistisches Mehrparteiensystem wird abgelehnt. Genosse CEAUSESCU forderte, daß Fälle konterrevolutionärer Tätigkeit, des Paktierens mit Feinden des Sozialismus und des Landesverrats in Vollversammlungen der Werktätigen bekanntgemacht und ausgewertet werden sollen. Die SRR werde auch künftig für die Vervollkommnung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag wirken. Wichtiger Faktor der rumänischen Verteidigungspolitik bleibe die Zusammenarbeit mit den Armeen anderer sozialistischer Länder unter allen Bedingungen. Er wies darauf hin, daß imperialistische Kreise die Angriffe gegen die kommunistischen Parteien verstärkt haben. Sie streben die Schwächung und Beseitigung dieser Parteien an, wie auch antisozialistische, antikommunistische und anti-sowjetische Aktionen in einigen Ländern gezeigt hätten.

(Bereits bei anderen Gelegenheiten hatte Gen. CEAUSESCU - intern - unter Hinweis auf Diskussionen in einigen sozialistischen Staaten über Mängel und Fehler beim sozialistischen Aufbau erklärt: Nicht der Sozialismus sei an den Fehlern und entstandenen Problemen schuld, sondern Schuld seien ein falsches Verständnis seiner Grundprinzipien und ihre fehlerhafte Anwendung. Es gehe um eine Weiterentwicklung und Vervollkommnung des Sozialismus. Das sei mit einer Rückkehr zu kapitalistischen Formen nicht möglich.)

Auf der erwähnten ZK-Tagung wurde - ohne konkrete Angaben - eine Erhöhung des materiellen und geistigen Lebensniveaus in enger Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung der SRR angekündigt. Hervorgehoben wurden u. a. der Abschluß des Wohnungsbaus in den Städten sowie eine wesentliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Landbevölkerung bis 1995.

Es sei - wie erklärt wurde - möglich, im laufenden Fünfjahrplan eine Steigerung der industriellen Warenproduktion um 40 Prozent und der landwirtschaftlichen Produktion um 35 Prozent zu erreichen. Im nächsten Fünfjahrplanzeitraum (1991 bis 1995) wird - nach dem erfolgten Schuldenabbau - stärker auf ein dynamisches Wirtschaftswachstum und die Modernisierung der in hohem Maße verschlissenen Produktionsanlagen orientiert (eine Wende zur Intensivierung wurde bisher nicht vollzogen; ihre Notwendigkeit wird jetzt verstärkt hervorgehoben).

Bis zum Jahre 2005 sollen sich die industrielle Warenproduktion und das Nationaleinkommen gegenüber 1990 verdoppeln.

1989 wird in der Landwirtschaft mit Rekordernten gerechnet. Es wurde auch darauf verwiesen, daß es im ersten Halbjahr 1989 Rückstände bei einigen wichtigen Erzeugnissen gab. Erneut wurde das auf Unzulänglichkeiten in der Leitungstätigkeit zurückgeführt.

Erneuter Angriff HORNs auf die SRR

Der ungarische Außenminister HORN forderte die Schaffung einer autonomen Region in der SRR, in der "die kulturellen Rechte der 1,7 Millionen Ungarn gewährleistet würden. Die Lage der Ungarn in Rumänien, so äußerte HORN, verschlechtere sich. Ungarn habe aber die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es zu einer Änderung der rumänischen Politik kommen werde. Mehr als 30 000 der von der "Zwangsassimilation bedrohten Minderheit" hätten seit Ende 1987 Zuflucht in Ungarn gefunden.

Zum Treffen zwischen Genossen CEAUSESCU und Genossen NYERS Anfang Juli in Bukarest erklärte HORN, Übereinstimmung habe es praktisch nur darin gegeben, daß beide Staaten Nachbarn sind und die Interessen beider Völker eine Verbesserung der Beziehungen erfordern. Die ungarische Seite habe die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Beziehungen im politischen Bereich einen Tiefpunkt erreicht hätten. Von rumänischer Seite sei keine Bereitschaft zu erkennen, auch nur eines der Themen zu erörtern, die mit den Spannungen zusammenhängen. Die Beziehungen würden die ohnehin immer schlechter werdende Lage der Ungarn in Transsilvanien ernsthaft komplizieren. Rumänien erfülle diesbezügliche internationale Verpflichtungen nicht. Das Programm der Neuordnung der Gemeinden erschwere die Lage der Ungarn nicht nur in existentieller Hinsicht, sondern auch in anderen Bereichen, würden doch jahrhundertalte Kultur- und andere Werte zerstört. In jüngster Zeit entfalte Rumänien eine breite politische Propagandakampagne, die die Rechtmäßigkeit und Richtigkeit all jener Veränderungen in Frage stelle, die es in Ungarn gibt.

In den vergangenen Monaten seien auch bestimmte militärische Drohungen aufgetaucht. Wenn ein Land mitteile, daß es Atomwaffen herstellen könne und in nicht allzuferner Zukunft mit der Produktion von Mittelstreckenraketen beginne, so berühre dies die Sicherheit des Nachbarlandes. Ferner habe es der Chef des Generalstabes der rumänischen Armee in einer Zeitschrift als ungerecht bezeichnet, daß Gebiete zu Ungarn gehören, in denen Rumänen leben.